

Politische Diskursanalyse als Hegemonieanalyse

MARTIN NONHOFF

1. Einleitung

Das Werk von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau ist zuallererst ein zentraler Beitrag der jüngeren politischen Philosophie. In einer in der Gegenwart selten anzutreffenden Kombination verknüpft es sehr grundlegende Überlegungen zur Ontologie des Politischen mit einer Theoretisierung verschiedener Phänomene der Politik: der gemeinsamen Arbeit sozialer Bewegungen, der politischen Subjektivierung, der Entstehung populistischer Politik und insbesondere der Herausbildung von Hegemonien. Hinzu tritt schließlich noch mit dem Modell der radikalen Demokratie eine Komponente „normativer“ politischer Philosophie, die jedoch gerade keine positiven, unverfügbaren Normen demokratischer Politik einführt, sondern die Grundlosigkeit der Politik im Allgemeinen wie der Demokratie im Besonderen betont. Radikal ist die Demokratie nach Laclau und Mouffe auch, weil sie von Normen abhängt, die sie angesichts der Grundlosigkeit immer wieder selbst begründen muss, aber nie abschließend setzen kann.

Doch die Überlegungen von Laclau und Mouffe sind nicht nur für die politische Philosophie von Bedeutung. Sie stießen auch zahlreiche empirische Forschungen zu den eben genannten Phänomenbereichen der Politik an (vgl. z.B. Howarth u.a. 2000). Dabei kann es nicht überraschen, dass viele dieser Forschungen die Entstehung und den Wandel politischer Diskurse untersuchen – schließlich haben Laclau und Mouffe ihre Theorie selbst unter dem Etikett „Diskurstheorie“ eingeführt und analysieren gesellschaftliches und politisches Geschehen stets als diskursives, also als Bedeutungsgeschehen. Allerdings ging es beiden in erster Linie nie darum, empirische Diskursanalysen zu betreiben: Ganz in diesem Sinne bekannte sich Ernesto Laclau unlängst „happily guilty“ (2004: 321), sich eher auf die ontologische Dimension der Sozialtheorie als auf die Erforschung der Vielfalt der ontischen Erscheinungsformen konzentriert zu haben. Für die politische Diskursforschung ist dies deshalb bedauerlich, weil Laclau und Mouffe somit zwar einerseits ein anspruchsvolles Angebot für die Schnittstelle

von politischer Theorie und Diskurstheorie machen, weil aber andererseits kein ausgereiftes methodologisches Programm zur diskursanalytischen Überprüfung und Fortschreibung der Diskurstheorie besteht. Gewiss kann es nicht das Ziel sein, eine einzige, einheitliche Methodik der Diskursanalyse im Anschluss an Laclau/Mouffe zu entwickeln – hierzu sind politische Diskurse als Gegenstand, aber auch konkrete Forschungsfragen zu unterschiedlich.¹ Gleichwohl ist es sinnvoll, eine auf die empirische Analyse hin orientierte Systematisierung der laclauschen/mouffschen Diskurstheorie vorzunehmen und so aufzuzeigen, wie und an welchen Punkten der derart theoretisch geschulte Blick das Rauschen der politischen Diskurse besser verstehen und entziffern kann. Einer solchen methodisch orientierten Systematisierung widmet sich der folgende Beitrag.

Die Erforschung politischer Diskurse gewinnt in jüngster Zeit wieder zunehmend an Bedeutung. Dies gilt bei Weitem nicht nur für die Politische Wissenschaft (vgl. zum Überblick Kerchner 2006; Nonhoff 2004), sondern stellt ein Phänomen der Sozialwissenschaften in ihrer ganzen Breite dar. Prominent vorangetrieben wird die politische Diskursforschung etwa auch in der Soziologie (vgl. für viele Keller 1998; Schwab-Trapp 2002) oder in der Geographie (jüngst Glasze 2007). Über die Disziplinen hinweg eint dabei einen Großteil der Forschungen das Ziel, die Konjunkturen der politisch wirksamen Sinninformationen zu ergründen: Wie entstehen politisches Wissen und politische Überzeugungen, wie verbreiten sie sich, wie werden sie dominant und wie verschwinden sie wieder? Anhand von Fragestellungen wie diesen befassen sich Analysen politischer Diskurse in vieler Hinsicht mit einem thematischen Spektrum, das der politischen Theorie der Hegemonie durchaus nahe steht. In diesem Sinne lässt sich politische Diskursanalyse auch als Hegemonieanalyse bezeichnen. Geht man das Unterfangen einer solchen Analyse an, so wird schnell deutlich, dass es keineswegs Zufall ist, dass sich in der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe politische Theorie und Diskurstheorie kreuzen – schließlich sind Hegemonien ebenso diskursive wie politische Phänomene der Vorherrschaft.

Entlang dieser Attribute – diskursiv, politisch, Vorherrschaft – möchte ich im Folgenden einige wesentliche Elemente der Hegemonietheorie von Laclau und Mouffe derart rekonstruieren, dass Übergangsmöglichkeiten zu einer Methode der Hegemonieanalyse deutlich werden. Im Zentrum steht dabei die Zergliederung dessen, was sich als hegemoniale Strategie bezeichnen lässt, in mehrere Strategeme, die sich wiederum als bestimmte Formen der Relationierung diskursiver Elemente verstehen lassen und als solche im empirischen Diskursmaterial gesucht werden können. Der Beitrag endet schließlich mit einer Beispielanalyse, in welcher der Auftakt eines zentralen nachkriegsdeutschen hegemonialen Projekts, des Projekts „Soziale Marktwirtschaft“, nachgezeichnet wird: Alfred Mül-

1 Einen weiteren, auf computergestützte Lexikometrie aufbauenden Vorschlag zur methodischen Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe präsentierte erst jüngst Glasze (2007); vgl. auch die Überlegungen von Bruell in diesem Band.

ler-Armacks „Erfindung“ der Sozialen Marktwirtschaft in seiner Monographie *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*.²

2. Diskurs

Was ist unser Untersuchungsgegenstand, wenn wir Diskurse analysieren? Zunächst ist festzuhalten, dass der Begriff des Diskurses hier auf den Raum gesellschaftlichen Sinns bezogen wird. Dabei ist in Anlehnung an Laclau/Mouffe – ähnlich argumentiert aber etwa auch Niklas Luhmann (1987[1984]: 92-101) – ein formaler Sinnbegriff gemeint, der Sinn als Folge von Differenz und Differenzierung betrachtet: Sinn entsteht dadurch, dass zwei Elemente miteinander in Beziehung gesetzt und damit zugleich als differente Elemente konstituiert werden. Auf dieser Grundlage lassen sich auf die Frage nach dem Untersuchungsgegenstand „Diskurs“ wenigstens drei Antworten geben, die zwar nicht unzusammenhängend sind, aber doch auf verschiedene Aspekte abzielen. Erstens lassen sich Diskurse als eine *Vielzahl einzelner Sinnproduktionsakte*, d.h. Akte der gleichzeitigen Differenzierung und Relationierung, begreifen. Diese Akte bezeichnen Laclau/Mouffe bekanntermaßen als Artikulationen und führen weiter aus: „The structured totality resulting from this articulatory practice, we will call *discourse*“ (Laclau/Mouffe 1985: 105). Diese Definition ist nun dahingehend zu präzisieren, dass die genannte strukturierte Totalität, die aus der Vielzahl von Artikulationen hervorgeht, auf zwei Weisen ausgelegt werden kann, unter einem zeitlichen und einem räumlichen Vorzeichen. Entsprechend lautet die zweite Antwort auf die Frage nach dem Untersuchungsgegenstand „Diskurs“, dass dieser im *Prozess* des andauernden Anordnens von Artikulationen besteht. Aus diesem Blickwinkel rekonstruiert die Diskursanalytikerin im Analyseprozess die zeitliche Folge von Artikulationen und deren Regelmäßigkeiten. Sie blickt auf den Vorgang der Formierung einer Sinnformation und analysiert z.B. die Linearität oder Kreisförmigkeit von Artikulationsfolgen oder auch die spezifische Reaktivität eines Diskurses in der Aufnahme kontingenter Ereignisse. Schließlich kann man vom Diskurs aber auch im Sinne dessen sprechen, was als stets fragile *Struktur* aus dem Artikulationsprozess resultiert: eine bestimmte Verfügung von Artikulationen und damit eine Anordnung diskursiver Elemente. Letzteres scheint der definitorische Begriff der „strukturierten Totalität“ am ehesten nahezulegen, ein Begriff, der allerdings im Kontext des ganzen hegemonietheoretischen Gebäudes keineswegs als vollkommen *fixierte* Totalität zu lesen ist, beruht doch die Hegemonietheorie wesentlich auf der Mangelhaftigkeit und folglich der Unabschließ-

2 Dieser Beitrag baut auf der Monographie *Politischer Diskurs und Hegemonie* (Nonhoff 2006a) und der dortigen Analyse der Hegemonie der „Sozialen Marktwirtschaft“ auf. Für eine weitere Hegemonieanalyse, die sich mit dem hegemonialen Ringen um die Vorherrschaft bestimmter ideengeschichtlicher Pflichtkorpora an den amerikanischen Colleges befasst, vgl. Nonhoff (2006b).

barkeit und Beweglichkeit jeder Totalität. Deshalb sind Prozess und Struktur, Formierung und Formation, Anordnen und Anordnung des Diskurses unauflöslich miteinander verknüpft.

Die drei nun aufgeführten Dimensionen des Diskurses – Vielzahl einzelner Artikulationen, der Prozess des Anordnens dieser Artikulationen, das (stets vorläufige) Ergebnis in Form einer Struktur diskursiver Elemente – sind denn auch nur auf analytischer Ebene fein säuberlich auseinanderzuhalten. Während des Vorgangs der Diskursanalyse wird die Analytikerin die Prozesse der Formierung nicht getrennt von den ausgebildeten Formationen betrachten können. Insbesondere wird aber ihr konkreter Zugriff auf den Diskurs nur über die Oberfläche der Vielzahl von einzelnen Artikulationen erfolgen können. Damit stellen sich auf der Ebene der Operationalisierung für die Untersuchung *politischer* Diskurse jedoch zwei Fragen.

(a) Welcher Art sind die Elemente, die in politischen Diskursen artikuliert werden? Ernesto Laclau ist jüngst dazu übergegangen, die Elemente als „Forderungen“ zu bezeichnen (Laclau 2005: 72-77). Diese Bezeichnung ist nicht unumstritten, weil sie, wenn die Forderung als mit sich identisch und nicht von Beginn an als dislozierte verstanden wird, die Gefahr eines Essentialismus der kleinsten diskursiven Einheit birgt (vgl. Angermüller in diesem Band). Die Kehrseite dieser Gefahr ist jedoch der Vorteil, dass der Begriff der Forderung die Materialität des politischen Diskurses hervorhebt, die bei einer rein linguistischen Analyse aus dem Blick geraten kann (vgl. auch Demirović in diesem Band). In jedem Fall lassen sich die diskursiven Elemente eines politischen Diskurses in methodischer Hinsicht grundsätzlich gut als Forderungen begreifen (vgl. genauer Nonhoff 2006a: 261), da politische Diskurse zum größten Teil als Austausch über die künftige Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens ablaufen, wobei Forderungen eine wesentliche Rolle spielen. Allerdings lässt sich empirisch zeigen, dass in politischen Diskursen keineswegs ausschließlich zukunftsorientierte Forderungen artikuliert werden, sondern dass gerade für die Etablierung von Hegemonien auch die gegenläufige temporale Richtung von Bedeutung ist, etwa bei Verweisen auf frühere Erfolge (vgl. Nonhoff 2006a: 309-311), die dann allerdings wiederum mit (zukunftsorientierten) Forderungen kombiniert werden (wie z.B.: Beibehaltung des bisherigen Kurses!).

(b) Die zweite sich stellende Frage lautet, wonach man eigentlich sucht, wenn man nach Artikulationen sucht. Aufgrund der Beweglichkeit diskursiver Strukturen, aber auch aufgrund ihrer nicht selten hohen Komplexität scheint es wenig erfolgversprechend, primär nach spezifischen Verknüpfungen zwischen zwei oder mehr spezifischen Elementen zu suchen. Die schier unüberschaubare Vielfalt diskursiver Verweise torpediert Versuche einer genauen Rekonstruktion der diskursiven Sinnproduktion in ihren Details. Es ist daher sinnvoll, als eine Art „Handwerkszeug“ eine Typologie diskursiver Relationen zu erarbeiten, die für die Hegemonieanalyse funktional ist. Obwohl die Zahl von diskursiven Elementen schier unendlich ist, kann man dabei – wie sich schon Foucaults

(1997[1969]: 172-75) Überlegungen entnehmen lässt – von einer relativ geringen Zahl von diskursiven Beziehungsarten ausgehen. Im Anschluss an Laclau und Mouffe kommen verschiedene Möglichkeiten der Typologisierung in Frage. Dabei lassen sich zwei verschiedene Ebenen auseinanderhalten. Einerseits führt Laclau immer wieder aus (prominent in Laclau 2005: 68; vgl. auch den Beitrag in diesem Band: 29), dass es im Anschluss an Roman Jakobson nur zwei Möglichkeiten gebe, diskursive Elemente zu relationieren: Substitution und Kombination. Im Rahmen der Hegemonietheorie kommt für die Substitution insbesondere die (nie völlig gelingende) Beziehung, in welcher ein leerer Signifikant das Allgemeine repräsentiert, in Frage. Es zeigt sich allerdings, dass die unmittelbare Repräsentation des Allgemeinen im Normalfall nicht überzeugend ist und dass sich die Repräsentationsrelation stattdessen eher indirekt einstellt (siehe unten). Als Kombinationen erscheinen dagegen vor allem Äquivalenzbeziehungen. Neben dieser Betrachtung aus dem Blickwinkel Substitution/Kombination deuten jedoch andererseits zwei sehr grundlegende ontologische Annahmen des hegemonietheoretischen Modells ebenfalls Beziehungsarten an: Dies ist erstens die Annahme, dass alles soziale und politische Geschehen von den beiden Logiken der Differenz und der Äquivalenz beherrscht wird; und zweitens die Annahme, dass sich ohne Antagonismus das Soziale überhaupt nicht konstituieren könnte. Aus der ersten Annahme folgt, dass unter den Bereich der Kombination nicht nur der Relationstyp der Äquivalenz fällt, sondern auch jener der Differenz (eine kaum überraschende Konsequenz, wenn man bedenkt, dass alle diskursiven Elemente, um überhaupt als sinnhafte Elemente in Erscheinung treten zu können, als different artikuliert – ergo miteinander kombiniert – werden müssen; Differenz ist sozusagen die Grundlagenbeziehung, auch für die sie überformende Äquivalenz). Die zweite Annahme hat für die Oberfläche des Diskurses hingegen kompliziertere Auswirkungen, weil, wie Laclau an verschiedenen Stellen ausführt (vgl. z.B. in diesem Band: 26-28), die antagonistische Beziehung keine objektive Beziehung ist, die einfach an der Oberfläche des Diskurses – zwischen zwei differenten Elementen, die demselben symbolischen Raum angehören – hergestellt werden könnte. Dennoch finden sich auf der diskursiven Oberfläche natürlich Vorformen und Bausteine des Antagonismus wieder – was nicht artikuliert wird, könnte sich auch nicht zum Antagonismus entwickeln. Aber wie müssen wir uns das vorstellen? Die Antwort ist so naheliegend wie einfach: Antagonismen formieren sich, wenn sich Äquivalenzketten zwischen verschiedenen Forderungen bilden. Allerdings entstehen diese Äquivalenzketten nicht aufgrund positiver Eigenschaften der in ihnen verbundenen Elemente, sondern aufgrund einer negativen Übereinstimmung: weil sie auf die Überwindung von Gegnern oder Zuständen abzielen, die ebenfalls als Äquivalenzkette artikuliert werden. Diese Beziehung zwischen einer einzelnen Forderung und dem, was sie zu überwinden trachtet – die Keimzelle des Antagonismus, wenn man so will – findet sich als Relation auf der Oberfläche des Diskurses. Ich habe sie als Kontrarität bezeichnet (vgl. Nonhoff

2006a: 88).³ Auch Kontrarität lässt sich als Überformung von Differenz und als Art der Kombination begreifen.

Nun haben wir die Beziehungsarten rekonstruiert, die notwendig sind, um das hegemoniale Geschehen innerhalb einer bestimmten diskursiven Arena zu analysieren. Allerdings tritt nun noch eine Erschwernis hinzu: Wenn wir es mit der Analyse politischer Diskurse im Setting liberaler Demokratien zu tun haben – und die meisten Diskursanalysen haben diesen Fokus –, dann befinden wir uns in einem Raum, in dem stets eine Vielzahl diskursiver Arenen parallel existiert (vgl. z.B. Laclau/Mouffe 1985: 131-134). Diese Arenen dringen gelegentlich ineinander ein oder überlappen sich, sind aber häufig auf recht stabile Weise getrennt. Die verschiedenen Diskurse und ihre Arenen zeichnen sich z.B. dadurch aus, dass sie verschiedene Fassungen des Allgemeinen als Knotenpunkt haben (z.B. Sicherheit, Wohlstand, Bürgerrechte o.ä.). Immer wieder werden im Lauf des diskursiven Geschehens die Grenzen zwischen den Arenen jedoch brüchig. Um sie in solchen Momenten zu stabilisieren, tritt eine Art der Artikulation auf, die einen Bereich abgrenzt. Sie tut das aber nicht im antagonistischen Modus, sondern, um einen jüngeren Leitbegriff der Hegemonietheorie aufzunehmen, im Modus der Heterogenität: Es geht um Diskursbereiche, die „nicht relevant sind“ oder „hier keine Rolle spielen“. Da solche diskursive Artikulationen Differenz explizit und in verschärfter Weise artikulieren, nenne ich die entsprechende diskursive Beziehung Superdifferenz. Auch die Superdifferenz ist dem Register der Kombination zuzuordnen.

Insgesamt lassen sich somit in Anlehnung an die Hegemonietheorie von Laclau/Mouffe für das Unterfangen der Hegemonieanalyse als bestimmter Form der politischen Diskursanalyse fünf Typen diskursiver Relationen ausmachen, die ein wichtiges „Handwerkszeug“ für die Diskursanalyse bilden:⁴

- 1) Dem Register der Substitution entstammt der Relationstyp der *Repräsentation* – „x steht für y“. Von Bedeutung ist das im Rahmen der Hegemonietheorie vor allem für die (unmögliche) Repräsentation eines Allgemeinen durch einen leeren Signifikanten; allerdings erfolgt letztere selten direkt, sondern eher auf Umwegen (siehe unten).
- 2) Wie die drei folgenden Relationstypen ist auch jener der *Differenz* dem Register der Kombination zuzuordnen. Differenz – „x ist anders als y“ – kann dabei als grundlegender Relationstyp in diesem Register gelten, er wird von den

3 Kontraritätsbeziehungen sind, wie antagonistische Beziehungen, weder Realrepugnanz, die einem physischen Zusammenstoß gleichen, noch Widersprüche, die sich begrifflich aufheben ließen (vgl. zur Unterscheidung von Realrepugnanz, Widerspruch und Antagonismus bereits Laclau/Mouffe 1985: Seite). Sie sind die diskursiv auffindbaren Bausteine des Antagonismus.

4 Diese Typologie erweitert meine früheren Überlegungen zur Typologie diskursiver Beziehungen (vgl. Nonhoff 2006a: 85-89, 227-228 [Fn. 10]), in welche die Repräsentation als eigener Beziehungstyp noch keine Aufnahme gefunden hatte. Ich bin mittlerweile aus den oben genannten Gründen zu der Auffassung gelangt, dass diese Erweiterung sinnvoll ist, zumal die Repräsentation bereits als ein zentrales hegemoniales Strategem eingeführt ist (siehe hierzu auch unten, S. 187).

übrigen dreien – Superdifferenz, Äquivalenz und Kontrarität – in verschiedener Art überformt. Ohne diese Überformungen hätte man es mit einem gleichförmig strukturierten Raum ohne Brüche und Markierungen zu tun.

- 3) *Äquivalenz* setzt Elemente gleich, aber, wie man als wesentliche Ergänzung hinzufügen sollte, nicht in jeder Hinsicht (die Elemente werden nicht als identisch verstanden), sondern nur in einer bestimmten Hinsicht „a“. Äquivalenz lässt sich somit allgemein formulieren als „x ist anders als y, geht aber in Beziehung zu a mit y Hand in Hand“.
- 4) Auch für *Kontrarität*, die Elemente entgegensetzt, spielt dieser konkrete Bezug eine Rolle. Zwei konträre Elemente werden nicht als Gegensätze schlechthin artikuliert, sondern als konträr ebenso in einer bestimmten Hinsicht „a“: „x ist anders als y, und steht in Bezug auf a in Kontrarität zu y“. Kontraritäts- und Äquivalenzrelationen können einander überlappen: „x und z sind (different, aber) gleichbedeutend, insofern sie in Bezug auf a in Kontrarität zu y stehen“.
- 5) *Superdifferenz*relationen schließlich dienen der Trennung von Diskursarenen und lassen sich idealtypisch so umschreiben: „x ist anders als y und hat auch nichts mit y zu tun“.

3. Das Politische und der politische Diskurs

Wenn wir Hegemonien analysieren, analysieren wir Phänomene, die sich in politischen Diskursen konstituieren. Die Politizität eines Diskurses bildet also den wichtigen Bezugsrahmen des hegemonialen Geschehens. Was aber macht einen politischen Diskurs aus? Was ist das Politische an ihm? Die Klärung dieser Fragen erlaubt es zum einen, die Vorauswahl der zu untersuchenden Diskurse besser zu strukturieren, weil mit einem Begriff des Politischen ein Maßstab zur Verfügung steht, der Diskurse hinsichtlich ihrer Politizität einzuordnen hilft, ganz unabhängig davon, ob sie in jenem Bereich stattfinden, den man üblicherweise als Politik bezeichnet oder nicht. Zum anderen nähern wir uns über das diskursive Hintergrundmuster des Politischen auch schon der diskursiven Funktionsweise der Hegemonie an.

Blickt man auf die Hegemonietheorie, so kann man feststellen, dass sich hier zwei große Linien der Theoretisierung des Politischen kreuzen: Zum einen finden wir im zentralen Begriff des Antagonismus die Lesart des Politischen als fundamentale Konflikthaftigkeit wieder. Auf den bekanntesten Exponenten dieser Lesart, Carl Schmitt, bezieht sich etwa Chantal Mouffe immer wieder (vgl. z.B. Mouffe 1993: 117-134; Mouffe 1999), allerdings mit dem Ziel einer demokratisch-agonistischen Einhegung des bei Schmitt bis hin zur Vernichtung des Gegners überzeichneten politischen Kampfes.⁵ Der Antagonismus steht auf dop-

5 Vgl. zum agonistischen Pluralismus den Beitrag von Chantal Mouffe in diesem Band.

pelte Weise an zentraler Stelle der Hegemonietheorie (vgl. Žižek 1990: 253): Einerseits stellt *der* Antagonismus im Singular – als ontologische Größe – die Grenze des Sozialen dar und ist damit dem lacanschen Register des Realen zuzuordnen. Er ist der Ort der Unmöglichkeit von Gesellschaft, der genau deshalb die kontinuierliche und kontinuierlich scheiternde Produktion von Gesellschaft ermöglicht. Andererseits ereignet sich eben diese – ontische – Produktion von Gesellschaft in einer Vielzahl sozialer und politischer Antagonismen (im Plural), d.h. in hegemonialen, diskursiv gegründeten Konfrontationen, die im Sinne der lacanschen Register als symbolisch instituierte zu begreifen sind. Antriebskraft der ontisch stattfindenden Antagonismen ist dabei die Blockiertheit gesellschaftlicher Subjekte, d.h. ihre Unmöglichkeit mit sich identisch zu werden und volle Präsenz zu erlangen, die wiederum im ontologischen, realen Antagonismus begründet liegt. Insgesamt ist die Hegemonietheorie damit wesentlich eine Konflikttheorie, die die Spaltung als gesellschaftsbegründend und gesellschaftsprägend begreift.

Zum anderen aber spiegelt sich auch jene Linie der Politischen Theorie wider, die von einem „bürgerschaftlichen“ Begriff des Politischen (vgl. zu diesem Begriff Gebhardt 2000) ausgeht und dabei z.B. an Hannah Arendt anschließt. Im Zentrum steht dabei ein Denken der Politik, das in ihr vor allem das bestmögliche gemeinschaftliche Gestalten einer gemeinsamen Zukunft sieht. Dieses Gestalten impliziert auch die Produktion und Verfolgung von allgemein verbindlichen Idealvorstellungen der gemeinsamen Zukunft und fügt damit dem Politischen eine Dimension der Universalität ein. Diese Dimension hat Ernesto Laclau im Lauf der 1990er Jahre ins Zentrum seiner Analysen gerückt (vgl. v.a. verschiedene Beiträge in Laclau 1996) und dabei insbesondere das Verhältnis von Universalität und Partikularität im politischen Diskurs herausgearbeitet. Demnach resultiert aus der Unabschließbarkeit von Gesellschaft – der konstitutiven, im Antagonismus begründeten Unmöglichkeit von Gesellschaft als vollkommener Gesellschaft – zweierlei: Einerseits wird ein Gegner oder eine Formation von Widerständigem ausgemacht, der bzw. die die Realisierung der Vollkommenheit bzw. des Allgemeinen verhindert. Andererseits schließen sich alle Kräfte, die ihre Gemeinsamkeit in der Opposition zu dieser Formation des Widerständigen haben, zusammen und vereinigen sich unter einem Namen (einem Slogan, einer Führungspersonlichkeit, einer Partei), der die Überwindung des Widerständigen verspricht und damit (in einer unmöglichen Operation) das realisierte Allgemeine repräsentiert. Dieser Name firmiert in der laclauschen Theorie auch als „leerer Signifikant“ (vgl. Laclau 1996: 36-46).⁶ Er ist die symbolische Verkörperung eines imaginären Allgemeinen, das sich als „tatsächliches“ Allgemeines nie realisieren lässt. Der Ort des imaginären Allgemeinen lässt sich in Anlehnung an

⁶ Da sie bereits an anderer Stelle erfolgt ist, verzichte ich hier auf eine weitere Erläuterung des zentralen Theorems des leeren Signifikanten (vgl. Nonhoff 2001; Nonhoff 2006a: 124-136).

Claude Lefort (1990[1976]; 1990[1983]) als Ort des Mangels begreifen, als leerer Ort, der aufgrund seiner Leere stets aufs Neue symbolische Füllungsversuche hervorruft. In differenzierten politischen Räumen, wie sie in den modernen Demokratien bestehen, treten dabei der Mangel und das Allgemeine, das ihn kompensieren soll, oft nicht als umfassender Mangel und als umfassendes Allgemeines – etwa als (fehlendes) Gemeinwohl – in Erscheinung, sondern werden sektoral spezifiziert: z.B. unter dem Aspekt der Sicherheit, der Gerechtigkeit oder des Wohlstands.

Es ist nun genau die Schnittstelle von Mangel und Versuchen der Behebung dieses Mangels, wo es auch zur Vereinigung der beiden Denktraditionen des Politischen kommt: Eben weil das Allgemeine aber nur als negative Größe, als Mangel an Allgemeinem in Erscheinung tritt, provoziert es verschiedene und sich oft bekämpfende Bewegungen der Mangelbeseitigung. Hierin hat auch die Dynamik der Politik ihren Grund: Indem es das imaginäre Allgemeine symbolisch (das heißt immer auch: hegemonial) verfügbar macht, ist es das Politische, das, in den Worten Hannah Arendts, das Neu-Anfangen (und zwar ein je „besseres“ Neu-Anfangen) ermöglicht (Arendt 2002[1958]; vgl. auch Marchart 2005). Es ist aber auch das Politische, das den Modus des Konflikts bzw. des Antagonismus mit sich bringt. Beide Faktoren zusammen – Konflikt und Bezug zum Allgemeinen – machen das Politische zu jener Logik, die den Raum des Gesellschaftlichen zu verschieben und zu erschüttern vermag.

Die Hegemonietheorie liefert uns somit klare Anhaltspunkte dafür, wie das diskursive Hintergrundmuster des Politischen über die Verquickung von Orientierung am Allgemeinen und Konfliktivität operiert. Demnach ist das Politische zu begreifen als jene dynamische Logik, im Rahmen derer im diskursiven Raum über die partikuläre Besetzung des leeren Ortes des Allgemeinen in konflikthafter Weise verhandelt wird. Entsprechend lässt sich ein Diskurs dann als politischer Diskurs begreifen, wenn in ihm das Allgemeine konflikthaft verhandelt wird. Betrachtet man etwa – wie ich das unten noch ausführlicher tue – den deutschen sozial- und wirtschaftspolitischen Diskurs, in dem die „Soziale Marktwirtschaft“ zu solcher Prominenz aufstieg, so lässt sich dieser deshalb als politischer Diskurs bezeichnen, weil in ihm ein spezifisches imaginäres Allgemeines – das ökonomische Wohlergehen der Deutschen – in einer Weise verhandelt wird, die die Konfrontation unterschiedlicher, z.T. entgegengesetzter Vorschläge zur „Erreichung“ oder „Verwirklichung“ dieses Allgemeinen bedingt (neben der „Sozialen Marktwirtschaft“ v.a. der „demokratische Sozialismus“) und damit die spezifische Symbolisierung des Allgemeinen zum Konfliktgegenstand werden lässt.

4. Hegemonie

Eingangs wurde Hegemonie als diskursive und politische Form der Vorherrschaft gefasst. Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten die Attribute „diskursiv“

und „politisch“ im Zentrum standen, muss nun noch genauer geklärt werden, welche Art von *Vorherrschaft* mit Hegemonie gemeint ist. Dabei geht es um drei Fragen: (a) Was herrscht vor? (b) Welche Intensitäten oder Grade von Vorherrschaft lassen sich unterscheiden? (c) Wie wird Vorherrschaft etabliert?

(a) Wenn man von Hegemonie spricht, so sind häufig zwei verschiedene Phänomene gemeint. Einerseits kann es um die Vorherrschaft von Personen oder Gruppen gehen, etwa wenn von der Hegemonie der CSU in der bayerischen Politik die Rede ist (Mintzel 1998). Andererseits spricht man aber auch von der Vorherrschaft einer Denkungsart, eines Paradigmas oder – in der diskurswissenschaftlichen Diktion – einer diskursiven Formierung, beispielsweise von der Hegemonie des Konservatismus oder des Neoliberalismus. Die erste wie die zweite Lesart hat eine gewisse Stringenz, weshalb man sie im Idealfall beide berücksichtigen sollte. Diese Möglichkeit bietet sich dadurch, dass man, wie oben ausgeführt, als kleinstes Element des politischen Diskurses die Forderung fasst. Denn man kann sowohl fordern, dass eine Person oder Gruppe die Führung übernehmen sollte, als auch, dass eine bestimmte Ideologie oder ein bestimmtes Paradigma durchgesetzt werden muss. Insofern kann man sich auf den diskursanalytisch hilfreichen, formalen Standpunkt begeben, bei der Hegemonieanalyse die Vorherrschaft von Forderungen zu untersuchen. Allerdings wird tagein tagaus viel gefordert und es ist unklar, welche Art von Forderungen als relevante in den zu analysierenden Korpus gehören und welche nicht. Hier hilft der Bezug auf das, was eben zum Politischen und zum politischen Diskurs ausgeführt wurde. Relevant sind jene Forderungen, die in Bezug auf das Allgemeine erhoben werden, bzw. darauf abzielen, den Mangel am Allgemeinen zu lindern oder ganz zu beseitigen. Es gibt drei Typen solcher Forderungen: Der erste Forderungstyp artikuliert eine notwendige Bedingung für die Behebung des Mangels an Allgemeinem; solche Forderungen bringen zum Ausdruck, dass das Allgemeine so lange nicht gewährleistet sei, wie dieses oder jenes nicht erreicht sei. Diese Art von Forderungen konkretisiert also einen Teilaspekt des Allgemeinen und ist damit grundsätzlich offen für die Ergänzung durch weitere gemeinwohlorientierte Forderungen, weshalb man sie *kumulative* Forderungen nennen kann. Der zweite Typ von Forderungen formuliert eine notwendige Bedingung für die Behebung des Mangels an Gemeinwohl, die zugleich als eine hinreichende Bedingung für die Erfüllung anderer, am Allgemeinen orientierter Bedingungen artikuliert wird. Eine derartige Forderung kann man *subsumtive* Forderung nennen, weil sie zum Ausdruck bringt, dass dann, wenn sie selbst erfüllt wird, zugleich andere allgemein-orientierte Forderungen erfüllt werden. Mit einer Forderung des dritten Typs schließlich wird eine hinreichende Bedingung für die Behebung des Mangels an Allgemeinem artikuliert und damit die Erfüllung *aller* Forderungen, die auf die Behebung dieses Mangels zielen, impliziert. Entsprechend haben wir es hier mit der höchstmöglichen Steigerung einer subsumtiven Forderung zu tun, die daher als *umfassende* Forderung bezeichnet werden soll. Alle drei Typen von Forderungen sind für die Analyse von Interesse. Zwar darf man erwarten,

dass den Kern hegemonialer Formierungen nur umfassende Forderungen bilden (weil nur sie ein spezifisches Allgemeines voll zu repräsentieren trachten), aber kumulative und subsumtive Forderungen sind nicht weniger wichtig: Zum einen können sie sich zu umfassenden Forderungen entwickeln, zum anderen sind sie das Material, aus dem Äquivalenzketten gebildet werden.

(b) Eine umfassende Forderung hat nun drei wichtige Eigenschaften: Erstens wird in ihr bzw. in dem, was gefordert wird, das spezifische Allgemeine in seiner Gänze (und nicht nur in Teilaspekten) repräsentiert. Beispielsweise könnte eine solche Forderung lauten: „Solange wir die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft verwirklichen, wird auch jene allgemeine materielle Wohlfahrt existieren, nach der unser gesamtes Volk strebt.“ Zweitens aber bleibt auch eine umfassende Forderung immer eine partikuläre Forderung, insofern sie eine spezifische Forderung ist, die sich von allen anderen Forderungen unterscheidet, insbesondere natürlich von anderen umfassenden Forderungen. Das verdeutlicht drittens, dass eine umfassende Forderung, ohne es „tatsächlich“ sein zu können, immer dem Anspruch nach umfassend ist und diesen Anspruch im Rahmen hegemonialer Praxis durchzusetzen sucht. Um differenzierende Schärfe im Rahmen der Analyse politischer Diskurse zu gewinnen, ist es in diesem Zusammenhang hilfreich, von unterschiedlichen Niveaus des Erfolgs von hegemonialer Praxis auszugehen. Ich möchte eine dreistufige Unterteilung vorschlagen (vgl. auch Nonhoff 2006a: 138-141): Einzelne *hegemoniale Artikulationen* zeichnen sich dadurch aus, dass sie ins Terrain des Anderen eindringen, dass sie also von einem stets singulären Ort der Artikulation aus die Forderungen anderer in Bezug auf das Allgemeine mit einverleiben. Daher kann jede Artikulation, in der eine subsumtive oder eine umfassende Forderung erhoben wird, als hegemoniale Artikulation gelten. Im Unterschied zur einzelnen hegemonialen Artikulation bilden die beiden anderen Stufen hegemonialer Praxis hegemoniale Formierungen aus, in deren Zentrum eine umfassende Forderung steht, die damit zugleich einen Vorherrschaftsanspruch begründet. Jede derartige Formierung lässt sich als *hegemoniales Projekt* begreifen. Eine *Hegemonie* hingegen zeichnet sich dadurch aus, dass der mit einer umfassenden Forderung geäußerte Anspruch auf Vorherrschaft auch durchgesetzt werden kann. Dazu muss die erwartete Erfüllung dieser umfassenden Forderung tatsächlich in diskursiv umfassender Weise (also in hohem diskursiven „Verbreitungsgrad“) die Behebung des Mangels an Allgemeinem repräsentieren; man kann hier auch vom Übergang einer umfassenden in eine hegemoniale Forderung sprechen. Die Grade hegemonialer Vorherrschaft lassen sich also bezeichnen als: einzelne hegemoniale Artikulation, hegemoniales Projekt, Hegemonie.

(c) Im vorangegangenen Abschnitt wurde auch schon ein Hinweis darauf gegeben, wie hegemoniale Vorherrschaft etabliert wird: Es geht um einen diskursiv hohen „Verbreitungsgrad“. Was aber heißt das? Es heißt, dass sich Subjekte die jeweilige umfassende Forderung artikulativ zu Eigen machen. Mit anderen Worten: Man kann um so mehr von einer Hegemonie sprechen, je mehr eine umfassende Forderung, in der das Geforderte das Allgemeine repräsentiert, „als ge-

meinsamer Wille politisch-gesellschaftlicher Kräfte tatsächlich über längere Zeit Verbreitung findet“ (Nonhoff 2006a: 148). Dabei verweist der Begriff des gemeinsamen Willens darauf, dass es um die Dimension der diskursiv-performativen Aneignung einer diskursiven Formierung geht, und zwar über einzelne Individuen oder Gruppen hinweg. Es kommt, in anderen Worten, zu einer verbreiteten Subjektivierung durch diese Formierung.⁷ Aber es geht nicht nur um möglichst breit gestreute und quantitativ bedeutsame Subjektivierung, sondern letztlich um die diskursive Wahrnehmbarkeit einer diskursiven Formierung. Weil die reine Zahl nicht allein entscheidend ist, spreche ich vom gemeinsamen Willen *politisch-gesellschaftlicher Kräfte* und bezeichne mit diesem Begriff jene emergierenden Subjekte, die – aus unterschiedlichsten Gründen – zur diskursiven Wahrnehmbarkeit beitragen. Neben der bloßen Zahl kann diese Wahrnehmbarkeit z.B. auf wissenschaftlicher Kompetenz beruhen oder darauf, Zugang zu den institutionellen Orten politischen Entscheidens zu haben. Grundsätzlich sind Gruppen und Koalitionen gut geeignet, eine oder einige der zahlreichen Bedingungen der Wahrnehmbarkeit zu erfüllen.

5. Hegemoniale Strategie

Die Hegemonietheorie nach Laclau und Mouffe wurde nun mit Blick auf diskursanalytische Erfordernisse rekonstruiert und zum Teil auch ergänzt. Es fehlt aber noch die Beantwortung der methodischen Frage, wie man nun auf Grundlage dieser Theorie empirisch stattfindende Diskurse bearbeiten kann und wonach man dabei sucht. Ich möchte vorgeschlagen, als entscheidendes Scharnier zwischen Theorie und Empirie ein bestimmtes Verständnis der *hegemonialen Strategie* einzusetzen. Der Rekurs auf den Begriff der Strategie mag zunächst verwundern, weil er auf die Vorstellung eines starken, autonom planenden Subjekts zu verweisen scheint, die im Kontext der Hegemonietheorie, die die Subjekte wenigstens in starke diskursive Abhängigkeitsverhältnisse gestellt sieht (das gilt insbesondere für *Hegemony and Socialist Strategy*), aber auch in jenem der Diskurswissenschaft, die oft auf dem Werk Foucaults basiert, seltsam anmuten kann. Mir geht es jedoch *nicht* darum, dem planenden – „diskurssteuernden“ – Strategen wieder einen Platz zuzuweisen; Vielmehr will ich das Resultat des Planens, wie es sich in diskursiven Mustern niederschlägt, zum Untersuchungsgegenstand machen. Diskursive Strategien und mit ihnen auch hegemoniale Strategien, die eine Form diskursiver Strategien sind, zielen nämlich stets auf das Anordnen diskursiver Elemente im Zeitverlauf. Die ineinander greifenden Muster dieses Anordnens kann man dabei – ganz unabhängig von dem einem oder anderen Strate-

7 Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Darstellung des komplexen Zusammenhangs von Diskurs und Subjektivierung; vgl. hierzu ausführlich Nonhoff (2006a, Kapitel 4.4).

gensubjekt – als diskursive Strategien betrachten und analysieren. Die Grundüberlegung ist, dass jede diskursive Strategie, wenn sie von einem „temporalen Außen“ betrachtet wird, also nachdem sie zur Anwendung gekommen ist, für den Betrachter als eine bestimmte Form des Arrangierens – und auch als eine bestimmte Form des (natürlich niemals völlig festgefügt) Arrangements – von diskursiven Elementen sichtbar wird. Der Begriff des Arrangierens verweist dabei auf die Anordnung von diskursiven Elementen mit Hilfe der oben ausgeführten fünf diskursiven Relationen.

Die Theorie der Hegemonie lässt nun grundsätzlich zwei Strategien zu: einerseits kann man aus der Position des Hegemons artikulieren, andererseits aus der Position derjenigen, die sich in Opposition zu einem Hegemon sehen. Im ersten Fall kann man von einer defensiv-hegemonialen Strategie sprechen, denn es geht darum, die hegemoniale Stellung zu verteidigen. Im zweiten Fall handelt es sich hingegen um eine offensiv-hegemoniale Strategie, die nach der Ablösung einer gegebenen Hegemonie durch eine andere strebt. Ich beschränke mich im Folgenden auf die genauere Untersuchung der Letzteren, weil es mir in meiner empirischen Analyse insbesondere darum geht, zu verstehen, wie sich die Hegemonie der Sozialen Marktwirtschaft im Deutschland der Nachkriegszeit etablieren konnte, d.h. um den Fall einer erfolgreichen offensiv-hegemonialen Strategie.⁸ Da es im Rahmen diskursiver Strategien häufig um ein komplexes Arrangieren diskursiver Elemente geht, ist es analytisch zweckmäßig, sie als unterteilbar zu begreifen und ihre verschiedenen Aspekte als „Strategeme“ zu bezeichnen. Für die offensiv-hegemoniale Strategie lässt sich ein Set von neun Strategemen ausmachen (siehe Übersicht 1, Seite 186). Ehe ich einige dieser Strategeme näher erläutere, sind drei allgemeine Erläuterungen zu diesem Set erforderlich: Erstens sind diese Strategeme teils deduktiv etabliert, d.h. aus der Hegemonietheorie abgeleitet – das gilt insbesondere für die Kernstrategeme –, teils wurden sie induktiv aus der diskursanalytischen Arbeit am Text gewonnen (und werden folglich hier „im Voraus“ präsentiert). Zweitens handelt es sich genau aus dem Grund, dass sie teilweise induktiv gewonnen wurden, um ein *offenes* Set, das gegebenenfalls zu erweitern ist. Drittens sind die Strategeme von unterschiedlicher Reichweite. Während die drei Kernstrategeme vor dem Hintergrund des Grundlagenstrategems der superdifferenziellen Grenzziehung nahezu jede hegemoniale Praxis prägen und dabei auch allermeistens im Verbund auftreten, sind die ergänzenden und die sekundären hegemonialen Strategeme nicht immer zu finden. Die ergänzenden Strategeme werden immer wieder eingesetzt, um die Reichweite einer hegemonialen Formation zu erhöhen; die sekundären Strategeme finden sich nur dann, wenn eine hegemoniale Formation schon vergleichsweise gut etabliert ist, sich aber ein Auslegungsstreit darum entwickelt, was diese Formation „tat-

8 Siehe aber zur defensiv-hegemonialen Strategie und auch zur Frage, ob es eine anti-hegemoniale Strategie geben kann, Nonhoff (2006a: 238-240).

Übersicht 1: Die Strategeme der offensiv-hegemonialen Strategie

- A. Kernstrategeme der offensiv-hegemonialen Strategie
 - (I) Äquivalenzierung differenter, am Allgemeinen orientierter Forderungen
 - (II) Antagonistische Zweiteilung des diskursiven Raums
 - (III) Repräsentation
- B. Grundlagenstrategem
 - (IV) Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung
- C. Ergänzende hegemoniale Strategeme
 - (V) emergente Interpretationsoffenheit des symbolischen Äquivalents des Allgemeinen
 - (VI) Einrichtung/Fortschreibung von Subjektpositionen für politisch-gesellschaftliche Kräfte
 - (VII) gezieltes und vereinzelt Durchbrechen der antagonistischen Grenze
- D. Sekundäre hegemoniale Strategeme
 - (VIII) Strategem des eigentlichen Verfechters
 - (IX) Strategem der eigentlichen Bedeutung

sächlich“ ausmacht.⁹ Aufgrund des für diesen Beitrag begrenzten Raumes gehe ich hier nur kurz auf die drei Kernstrategeme und das Grundlagenstrategem ein.¹⁰

Die drei Kernstrategeme lassen sich auch als (auf die Diskursanalyse hin orientierte) Reformulierung der zentralen hegemonietheoretischen Überlegungen von Laclau und Mouffe verstehen. Sie laufen darauf hinaus, eine umfassende Forderung, die in Bezug auf das Allgemeine erhoben wird, als hegemoniale Forderung zu etablieren, so dass sie verspricht, durch ihre Erfüllung das Allgemeine selbst zu realisieren und damit *sämtliche* in Bezug auf dieses Allgemeine erhobene Forderungen zu erfüllen. Damit ist die Aufgabe des ersten Strategems auch schon im Wesentlichen umschrieben: Damit eine politische Forderung hegemonial werden kann, muss sie Teil einer Kette von Forderungen werden, die als äquivalente Forderungen verstanden werden, als Forderungen, die miteinander Hand in Hand gehen. Mit Laclau/Mouffe kann man hier von Äquivalenzketten sprechen.

Aber wie ist das möglich? Wie kann eine Vielzahl von Äquivalenzen dort artikuliert werden, wo wir es mit differenten Forderungen zu tun haben? Diese Frage führt uns zu Strategem Nr. II. Wie bereits oben festgestellt wurde, existiert Äquivalenz niemals per se, sondern ist stets Äquivalenz in Bezug auf ein „a“. Im

9 Wir haben es hier mit einem Kampf um eine Hegemonie zweiter Ebene zu tun; vgl. Nonhoff (2006: 204-206, 234-238).

10 Für eine ausführliche Darstellung aller Strategeme vgl. Nonhoff (2006a: Kapitel 5).

Rahmen der Äquivalenzartikulationen der hegemonialen Strategie ist dieses „a“ nichts anderes als die negative Beziehung der Kontrarität, in der alle äquivalenzierten Forderungen in Bezug zum Mangel an einem spezifischen Allgemeinen stehen. Mit anderen Worten: Die Forderungen werden als äquivalente artikuliert, weil sie einen gemeinsamen Gegenpol haben (der selbst aus Äquivalenzen des Widerständigen konstruiert werden muss). Diese Überlappung von Äquivalenz und Kontrarität führt schließlich zur Formierung zweier sich konfrontierender Äquivalenzketten (nennen wir sie P und Q), zwischen denen sich eine antagonistische Grenze konstituiert. Jedes hegemoniale Projekt zielt so darauf ab, den gesamten diskursiven Raum entzweiteilen, um so letztlich auf der einen Seite der antagonistischen Grenze (in der Äquivalenzkette Q) alle Elemente des Mangels, der Lethargie und des Widerstands miteinander zu artikulieren und auf der anderen Seite (in der Äquivalenzkette P) alle Forderungen, die nach der Überwindung dieser negativen Kräfte streben.

Womit wir zu Strategem Nr. III kommen, dem Strategem der Repräsentation: Bislang ist noch offen geblieben, wie es angesichts der Äquivalenz aller Forderungen in der Äquivalenzkette P dazu kommt, dass die Forderung X zum Repräsentanten der Kette wird und nicht die Forderung Z. Um aber zur hegemonialen Forderung zu werden, muss eine Forderung diese Repräsentantenrolle übernehmen. Wie funktioniert das? Gelegentlich wird man zwar Artikulationen finden können, die versuchen, Repräsentation unmittelbar zu artikulieren (d.h. Artikulationen von Repräsentationsrelationen zwischen dem, was eine Forderung fordert, und dem Allgemeinen selbst). Aber der Erfolg einer Repräsentation wird üblicherweise nicht die Folge solch direkter „positiver“ Artikulationen sein, weil der einfache Kurzschluss zwischen einem partikularen Repräsentanten und dem Allgemeinen, das durch ein Partikulum letztlich nicht repräsentiert werden kann, keine Überzeugungskraft hat. Wie ich im nächsten Abschnitt an einem Beispiel zeigen möchte, beruht die erfolgreiche Repräsentation vielmehr darauf, dass die hegemonial werdende Forderung in Kontrarität zu jedem einzelnen Element des Mangels artikuliert wird, während die anderen Forderungen der Äquivalenzkette P meist nur zu einigen Elementen des Mangels in Kontrarität stehen.

Ehe ich zu dieser Beispielanalyse komme, zunächst aber noch einige Bemerkungen zu Strategem IV, dem diskursiven Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung. Jede diskursive Strategie ist darauf angewiesen, dass der diskursive Raum, den in bestimmter Weise zu ordnen ihr Ziel ist, nicht grenzenlos ist. Die schier unendliche Menge einzelner Akte der Sinnproduktion, die uns täglich in den verschiedensten Bereichen überfluten, muss irgendwie gegliedert sein, damit überhaupt so etwas wie eine diskursive Strategie – innerhalb eines Bereiches – ansetzen kann. Dies gilt natürlich auch für die Politik, deren Raum – bzw. der Raum dessen, was zur Politik gehört – ebenso nach außen abgegrenzt werden muss, wie sie nach innen in spezifische politische Diskurse unterteilt wird. Nur in solchen abgegrenzten Räumen kann Hegemonie als politisch-diskursive Strategie zum Tragen kommen (wobei sich insbesondere die Politik in

den liberalen pluralistischen Demokratien dadurch auszeichnet, dass sie die Arenen, in denen es zu hegemonialer Praxis kommen kann, multipliziert), denn nur ein Raum, der in relativ übersichtlicher Weise abgegrenzt ist, lässt sich sinnvoll antagonistisch aufteilen. Aus diesem Grund muss der diskursive Raum der unendlich ausgedehnten Differenz parzelliert werden. Zwei Arten der Konstituierung unterschiedlicher politischer Diskurse sind besonders prominent: zum einen, wie schon oben erwähnt, der Bezug auf einen bestimmten Aspekt oder Sektor des Allgemeinen (Sicherheit, Wohlstand, gesunde Umwelt oder Ähnliches); zum anderen die Eingrenzung auf eine bestimmte Bezugsgruppe (alle Mitglieder der katholischen Kirche, alle Sozialisten, alle Deutschen, alle Bürger, alle Akademiker etc.).

Um diese Diskursgrenzen aufrecht zu erhalten, kommt es regelmäßig – d.h. immer wieder in Situationen, in denen Grenzen in Frage gestellt sind – zur Artikulation dessen, was oben als Superdifferenzrelation eingeführt wurde. Hierbei werden einzelne diskursive Elemente oder ganze Diskursregionen aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten diskursiven Raum verbannt, indem ihre Differenz in gewisser Weise „verstärkt“ wird. Es wird eine Grenze eingezogen, die einerseits grundlegender ist als die eines Antagonismus, insofern als antagonistisch angeordnete Elemente im selben Raum – mit denselben Bezugspunkten – verortet sind, während Elemente oder Cluster von Elementen, die als superdifferent artikuliert werden, getrennten Räumen zugeordnet werden; antagonistische Elemente gleichen verfeindeten Geschwistern, superdifferente Elemente hingegen gehören zu verschiedenen Familien. Andererseits ist die Grenze normalerweise nicht so prekär und kein Gegenstand kontinuierlicher Auseinandersetzungen, sie wird eben nur regelmäßig abgesichert. Eine Superdifferenzartikulation lässt sich z.B. konstatieren (in diesem Fall zwischen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik), wenn im Zusammenhang mit der Schließung von Bundeswehrstandorten geäußert wird, Verteidigungspolitik sei nun einmal nicht für die regionale Wirtschaftsförderung zuständig. Ähnliches gilt etwa für Äußerungen, in denen Politik und Religion als getrennte Sphären behauptet werden, oder für Plädoyers, der Staat solle sich aus den Familien heraushalten.

Superdifferenzielle Grenzziehung ist ein wichtiges diskursives Strategem, das ganz allgemein zur Ausbildung spezifischer diskursiver Gegenstände beiträgt. Es schafft dadurch auch die Voraussetzungen für die Möglichkeit von hegemonialer Praxis, aber sie ist nicht in erster Linie ein Strategem einer hegemonialen Strategie. Aus diesem Grund, aber auch, weil es meist nur bei akuter Gefährdung von Superdifferenzgrenzen (und damit eher selten) zu finden ist, nehme ich in der folgenden beispielhaften Hegemonieanalyse nicht eigens auf Superdifferenzrelationen Bezug.

6. Alfred Müller-Armacks „Erfindung“ der Sozialen Marktwirtschaft – eine Hegemonieanalyse

Diskursanalyse im Sinne der Hegemonieanalyse baut auf ausführlicher Theoriearbeit auf. Daher habe ich die Hegemonietheorie im Anschluss an Laclau und Mouffe so rekonstruiert und anschließend eine Konzeption der hegemonialen Strategie solchermaßen skizziert, dass wir nun mit den Typen diskursiver Beziehungen, mit dem diskursiven Grundmuster des Politischen und mit den Strategemen der offensiv-hegemonialen Strategie über verschiedene Instrumente für die empirische Analyse verfügen. Ich werde im Folgenden einen kleinen Teil einer Analyse verschiedener Texte vorstellen, die allesamt in den späten 1940er und den 1950er Jahren von Ökonomen, politischen Parteien, Interessengruppen oder im Zuge von Werbekampagnen publiziert wurden.¹¹ Das Ziel der Analyse besteht darin, die eben dargestellten hegemonialen Strategeme zu rekonstruieren und damit zugleich die Plausibilität der theoretischen Überlegungen aufzuzeigen.

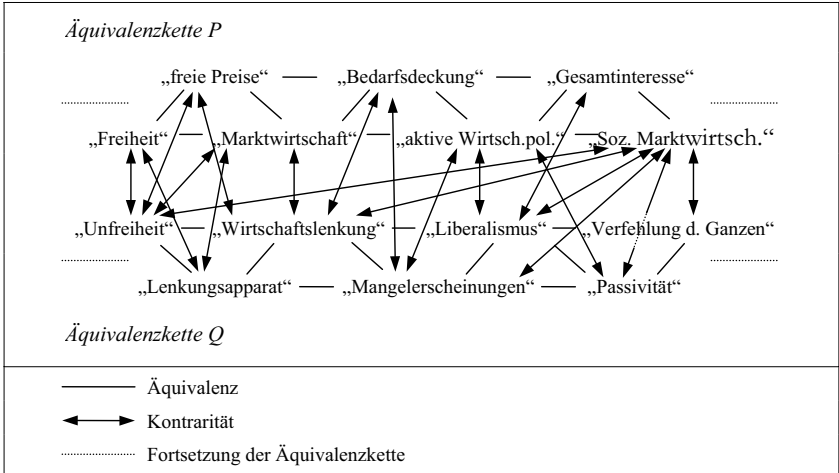
Mein Hauptbeispiel ist Alfred Müller-Armacks Buch *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* (Müller-Armack 1966[1946]). Das Buch wurde im Dezember 1946 veröffentlicht und gilt als der erste Text, in dem die Konzeption einer „Sozialen Marktwirtschaft“ unter diesem Namen entwickelt wurde. Im Zentrum der Argumentationsführung finden wir ein fehlendes Allgemeines – die mangelnde ökonomische Prosperität in Nachkriegsdeutschland –, welches zahlreiche Ziel- und Mittelforderungen provoziert. Zielforderungen artikulieren z.B. die Bewahrung der menschlichen Würde, Freiheit, Bedarfsdeckung usw. Forderungen, die Mittel zur Erreichung dieses Ziels konkretisieren, sind z.B. freie Preise und Einkommensumleitung, aber v.a. Marktwirtschaft, aktive Wirtschaftspolitik und Soziale Marktwirtschaft. Auf die eine oder andere Weise zielen alle diese Forderungen auf die Überwindung des Mangels am ökonomischen Allgemeinen und werden in einer Kontraritätsbeziehung zu einem oder mehreren Elementen dieses Mangels artikuliert.

In Abbildung 1 (Seite 190) ist der von Müller-Armack gezeichnete Antagonismus dargestellt. Es finden sich in der oberen Äquivalenzkette (P) einige der wichtigsten seiner Forderungen, während in der unteren Äquivalenzkette (Q) die wichtigsten Elemente des zu überwindenden Mangels wiedergegeben sind. Weil die Abbildung bereits in der jetzigen Form komplex ist, sind in ihr *nicht alle* Beziehungen zwischen *allen* Elementen wiedergegeben.

Zwei wichtige Schlussfolgerungen lassen sich nun aus dieser Rekonstruktion der hegemonialen Struktur von *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* gewinnen. Erstens erkennt man, dass die ersten beiden Strategeme (Äquivalenzierung und antagonistische Zweiteilung) operieren und interagieren wie theoretisch beschrieben: Eine große Zahl von Forderungen wird als miteinander Hand in Hand gehend artikuliert, und zwar in Bezug auf die Überwindung des Mangels am öko-

11 Für die gesamte Analyse vgl. Nonhoff (2006a: Kapitel 6).

Abbildung 1: Die hegemoniale Struktur von A. Müller-Armacks
„Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“



Quelle: Nonhoff (2006: 286)

nomischen Allgemeinen. Zugleich wird der diskursive Raum in zwei antagonistische Hälften geteilt. Zweitens gestatten dieser Text und seine Teilrekonstruktion eine nochmalige Erläuterung des Strategems der Repräsentation. Wie oben erläutert, ist eine direkte Repräsentationsrelation nur selten zu finden und auch nicht erfolgversprechend. Daher konstituiert sie sich meist indirekt, was in drei Schritten erklärt werden kann: Zunächst lässt sich festhalten, dass jedes Element in P zwar in einer Äquivalenzbeziehung zu allen anderen Elementen in P steht, nicht aber in einer unmittelbaren Kontraritätsbeziehung zu allen Elementen in Q – sondern meist nur zu einigen dieser Q-Elemente; am auffälligsten ist dabei, dass sich keine Kontraritätsrelation zwischen „Marktwirtschaft“ und „Liberalismus“ rekonstruieren lässt. Deshalb lässt sich im nächsten Schritt festhalten, dass viele Kontraritätsbeziehungen nur indirekte Beziehungen sind, und dass die Äquivalenzketten einander nur als Komplexe konfrontieren. Schließlich aber können wir auch feststellen, dass es eine Ausnahme von dieser Regel gibt, und zwar den Repräsentanten, die Forderung mit dem hegemonialen Anspruch: „Soziale Marktwirtschaft“. Von allen diskursiven Elementen in P ist es ausschließlich dieses Element, welches in einer Kontraritätsbeziehung zu *allen* Elementen in Q artikuliert wird (auch zu jenen, für die in der Abbildung der Übersichtlichkeit halber die Kontraritätspfeile fehlen). Das bedeutet, dass nur die „Soziale Marktwirtschaft“ das Versprechen in sich trägt, den Mangel in seiner Gänze zu überwinden. Und deshalb ist in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* „Soziale Marktwirtschaft“ in der Lage, alle anderen Elemente in P zu repräsentieren und selbst zur hegemonialen Forderung zu werden. Die Repräsentation des Allgemeinen resultiert also aus der umfassenden Kontrarität zum Anti-Allgemeinen.

Allerdings war Müller-Armacks Text natürlich nur *ein* Beitrag in einem komplexen und sich fortentwickelnden Diskurs. Nimmt man andere Texte der späten 1940er Jahre genauer in den Blick, so zeigt sich, dass man zu diesem Zeitpunkt noch in keiner Weise von der „Sozialen Marktwirtschaft“ als hegemonialer Forderung im Diskurs sprechen kann. Wie nicht anders zu erwarten, setzten etwa die Sozialdemokraten auf Plan- oder Lenkungswirtschaft, und auch nicht wenige Christdemokraten tendierten in diese Richtung. Auf der anderen Seite sprach auch Ludwig Erhard – Wirtschaftskommissar, späterer Bundeswirtschaftsminister und so genannter „Vater der Sozialen Marktwirtschaft“ –, der Müller-Armacks Denken vergleichsweise nahe stand, bis 1949 nicht von „Sozialer Marktwirtschaft“. In verschiedenen Ansprachen und Reden des Jahres 1948 schwankte Erhard in seinen zentralen Forderungen zwischen „Währungsreform“ und (nicht modifizierter) „Marktwirtschaft“ (Erhard 1992: 37-85). „Soziale Marktwirtschaft“ kann also bis zum Ende der 1940er Jahre kaum für mehr gehalten werden als für einen Kandidaten für die „Position“ der hegemonialen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderung. Obwohl die CDU die „Soziale Marktwirtschaft“ im Zuge des Wahlkampfs für den ersten Bundestag 1949 zu ihrem wirtschaftspolitischen Slogan machte, gilt dies immer noch für die frühen 1950er Jahre, weil es weiterhin starke Alternativen gab (allen voran den „Demokratischen Sozialismus“ der SPD), und weil die schwere Krise der deutschen Wirtschaft auch unter der beginnenden Ägide der „Sozialen Marktwirtschaft“ bis 1952 anhielt. Als dann jedoch allmählich das „Wirtschaftswunder“ einsetzte, schrieb man diese Erfolge nur zu gerne der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu, und mehr und mehr politisch-gesellschaftliche Kräfte wurden durch die diskursive Formation um die „Soziale Marktwirtschaft“ subjektiviert. Ich konnte in meiner Analyse zeigen, dass während der 1950er Jahre Vertreter differenter und z.T. gegensätzlicher wirtschaftspolitischer Konzeptionen die Forderung nach einer „Sozialen Marktwirtschaft“ zu ihrer eigenen machten, v.a. Vertreter des Neoliberalismus und der katholischen Soziallehre. Dieser Prozess führte unweigerlich dazu, dass sich die Bedeutung von „Sozialer Marktwirtschaft“ pluralisierte. Aber das Fehlen einer einheitlichen Bedeutung wurde dadurch kompensiert, dass mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ das umfassende Versprechen einher ging, alle ungewollten ökonomischen Ordnungen – Nationalsozialismus, Kommunismus, Sozialismus, „alten“ Liberalismus – im Zaum zu halten, wodurch eine für manchen Beobachter doch recht überraschende „Koalition des Mangels“ entstand. Doch das hegemoniale Potenzial ging noch über die sich formierende konservativ-liberal-sozialkatholische Koalition hinaus: Nachdem die Sozialdemokraten bereits 1957 für die Rentenreformen¹² gestimmt hatten, reformulierten sie ihre wirtschaftspolitischen Leitvorstellungen im Godesberger (Grundsatz-)Programm

12 Interessanterweise wurden diese Reformen, obwohl ausgerechnet Ludwig Erhard gegen sie opponierte, als praktisches Kernstück der „Sozialen Marktwirtschaft“ anerkannt.

von 1959 so, dass sie weitestgehend mit den Forderungen übereinstimmten, die typischerweise im Zusammenhang mit der Forderung nach einer „Sozialen Marktwirtschaft“ gestellt wurden. Dabei verwendete die SPD zwar noch nicht den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ selbst (dieses Zögern hielt in der Programmatik bis in die frühen 1990er Jahre an). Weil es sich aber substantielle Forderungen, die bis dahin üblicherweise mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ artikuliert wurde, zu eigen machte, kann das Godesberger Programm der SPD als entscheidender Schritt auf dem Weg zum Erfolg dieses hegemonialen Projektes gelten.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (2002[1958]): *Vita activa, oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Erhard, Ludwig (1992): *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft*. Düsseldorf u.a.: ECON.
- Foucault, Michel (1997[1969]): *Archäologie des Wissens*. 8. deutsche Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Gebhardt, Jürgen (2000): „Der bürgerschaftliche Begriff des Politischen: Ursprünge und Metamorphosen“, in: Roland Kley; Silvano Möckli (Hg.): *Geisteswissenschaftliche Dimensionen der Politik. Festschrift für Alois Riklin zum 65. Geburtstag*. Bern, Stuttgart, Wien: Verlag Paul Haupt, 139-162.
- Glasse, Georg (2007): Vorschläge zur Operationalisierung der Diskurstheorie von Laclau und Mouffe in einer Triangulation von lexikometrischen und interpretativen Methoden (in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 8/2). Download unter: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-07/07-2-14-d.htm> (abgerufen am 21. September 2007).
- Howarth, David; Norval, Aletta J.; Stavrakakis, Yannis (Hg.) (2000): *Discourse Theory and Political Analysis. Identities, Hegemonies and Social Change*. Manchester, New York: Manchester UP.
- Keller, Reiner (1998): *Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kerchner, Brigitte (2006): „Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick“, in: Brigitte Kerchner; Silke Schneider (Hg.): *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag, 33-67.
- Laclau, Ernesto (1996): *Emancipation(s)*. London, New York: Verso.
- (2004): „Glimpsing the Future“, in: Simon Critchley; Oliver Marchart (Hg.): *Laclau. A Critical Reader*. London, New York: Routledge, 279-328.
- (2005): *On Populist Reason*. London, New York: Verso.
- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Lefort, Claude (1990[1983]): „Die Frage der Demokratie“, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 281-297.

- Lefort, Claude; Gauchet, Marcel (1990[1976]): „Über die Demokratie: Das Politische und die Institutionierung des Gesellschaftlichen“, in: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 89-122.
- Luhmann, Niklas (1987[1984]): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (2005): *Neu beginnen. Hannah Arendt, die Revolution und die Globalisierung*. Wien: Turia + Kant.
- Mintzel, Alf (1998): *Die CSU-Hegemonie in Bayern: Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer*. Passau: Rothe.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. London, New York: Verso.
- (1999): *The Challenge of Carl Schmitt*. London: Verso.
- Müller-Armack, Alfred (1966[1946]): „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“, in: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*. Freiburg im Breisgau: Verlag Rombach, 19-170.
- Nonhoff, Martin (2001): „Soziale Marktwirtschaft – ein leerer Signifikant? Überlegungen im Anschluss an die Diskurstheorie Ernesto Laclaus“, in: Johannes Angermüller; Katharina Bunzmann; Martin Nonhoff (Hg.): *Diskursanalyse: Theorien, Methoden, Anwendungen*. Hamburg: Argument, 193-208.
- (2004): „Diskurs“, in: Gerhard Göhler; Matthias Iser; Ina Kerner (Hg.): *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden: VS-Verlag, 65-82.
- (2006a): *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt ‚Soziale Marktwirtschaft‘*. Bielefeld: Transcript.
- (2006b): „Politische Ideengeschichte und politische Hegemonie – Anmerkungen zum ‚Battle of the Books‘ an den amerikanischen Colleges“, in: Harald Blum; Jürgen Gebhardt (Hg.): *Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik*. Baden-Baden: Nomos, 223-242.
- Schwab-Trapp, Michael (2002): *Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999*. Opladen: Leske + Budrich.
- Žižek, Slavoj (1990): „Beyond Discourse-Analysis“, in: Ernesto Laclau: *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London, New York: Verso, 249-260.

